# Statt Verbote mehr Innovationen

25.01.2018 23:59

## CSU-Klausurtagung: Automobilstandort Landshut und Sozialthemen diskutiert

Prof. Dr. Ralph Pütz, Fahrzeugtechnikexperte von der Hochschule Landshut und Listenkandidat für die Landtagswahl im Stimmkreis Landshut, diskutierte mit den Teilnehmern unter dem Motto „Was nun mit dem Diesel?“. Sein Fazit: Politik und Automobilindustrie sollen eine Nachrüstlinie einführen, damit ältere Diesel-Pkw auf Euro-6-Norm umgerüstet und damit umweltverträglich gemacht werden können. Grundsätzlich werde der moderne Dieselmotor als saubere Brückentechnologie noch über einen langen Zeitraum gebraucht, damit auch die Unternehmen am Automobilstandort Landshut die Entwicklung der Mobilität wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll weiter vorantreiben können.

„Der moderne Dieselmotor mit Euro-6-Norm reinigt die Luft“, sagte Pütz. Er gebe im Abgas je nach Belastung der Umgebungsluft weniger Schadstoffe ab als er sie ansauge, erklärte der Leiter des Hochschulinstituts für Nutzfahrzeugforschung, der unter anderem die Bundesregierung berät. In der Landtechnik und bei Nutzfahrzeugen sei die erforderliche, funktionsfähige Abgasnachbehandlungs-Technologie längst etabliert. Nur beim Pkw habe die Industrie aus Kostengründen zu lange auf die Einführung verzichtet. Um gerichtlich angeordneten Fahrverboten in deutschen Innenstädten zu entgehen und den Wert von Diesel-Autos wieder zu stabilisieren, sollten nun möglichst viele ältere Diesel-Pkw nachgerüstet werden. „Es ist technisch möglich, wie die Entwicklungen meiner Industriepartner mehrfach bewiesen haben, aber für die Zulassung gibt es leider noch keine rechtliche Grundlage“, sagte Pütz. CSU-Kreisvorsitzender und Bundestagsabgeordneter Florian Oßner stimmte ihm zu: „Hier muss die Politik jetzt den richtigen Rahmen technologieoffen schaffen.“

**Weniger Marketing, mehr Fakten in der Diskussion**

Grundsätzlich ist der Dieselmotor laut Pütz wichtig als Brückentechnologie beim Übergang auf alternative Antriebsformen wie Elektromobilität: „Die Zukunft wird langfristig auf E-Mobilität hinauslaufen, aber aktuell ist der moderne Diesel ganzheitlich sauberer als alle anderen Optionen.“ Derzeit seien E-Autos klimaschädlicher, weil der deutsche Strom zu rund 40 Prozent aus Braun- und Steinkohle produziert werde. „Auch in 15 Jahren wird die Elektromobilität selbst bei den besten Entwicklungsprognosen noch bis zu 20 Prozent teurer als die Dieseltechnologie und gleichzeitig nur unwesentlich sauberer sein. Deshalb machen einseitige Dieselfahrverbote überhaupt keinen Sinn.“

Darum forderte Pütz „weniger Marketing und mehr Fakten“ in der Mobilitätsdiskussion. Die Politik dürfe für das Erreichen von Schadstoffgrenzwerten nicht bestimmte Technologieformen vorgeben, sondern müsse technologieneutral bleiben. Der Experte brachte schließlich eine Antriebsart ins Spiel, mit der schon jetzt fast emissionsfrei und ohne Reichweitenprobleme gefahren werden könnte: „Autos mit Euro-6-Biogasantrieb wären eine Lösung, die so sauber ist, wie sie die E-Mobilität auch in Jahrzehnten nicht sein wird. ÖPNV-Betreiber, die auf die Erdgastechnik mit Biogas heute schon setzen, sind auf

Jahrzehnte umweltfreundlicher als alle Optionen der Elektromobilität. Aber diese Technologie ist auf dem Markt leider nicht so sexy.“

**Pflege, Rente und Wohnraum angehen**

Weiteres Thema der Klausurtagung war die Vorbereitung der Landtags- und Bezirkstagswahl am 14. Oktober. Landtagsabgeordneter Helmut Radlmeier kündigte an, dass die CSU im Wahlkampf einen Schwerpunkt auf soziale Themen wie Pflege und Wohnraum legen werde: „Wir greifen Dinge an, die alle Menschen direkt betreffen.“ Für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge arbeite die CSU in Abstimmung mit den Kommunen an einer praktischen und praktikablen Lösung. Landtagsabgeordneter Florian Hölzl betonte, dass die CSU die AfD nicht rechts überholen dürfe: „Eine konservativ-liberale Politik wird auf Dauer erfolgreicher sein.“

Bezirksrätin Martina Hammerl nannte die Rente als weiteres, wichtiges Sozialthema: „Viele Menschen, denen ein niedriges Rentenniveau droht, ärgern sich darüber, dass sie die gleichen Sozialleistungen bekommen wie Zuwanderer, die nie ins Sozialsystem eingezahlt haben. Darauf müssen wir Antworten finden.“ Darum müsse der Leistungsgedanke in der Grundsicherung berücksichtigt werden, sagte Kreisvorsitzender und Bundestagsabgeordneter Florian Oßner: „Wer zum Beispiel 35 Jahre in das Sozialsystem einbezahlt hat, müsse mindestens zehn Prozent mehr bekommen als diejenigen, welche nicht so lange lückenlos einbezahlt haben. Damit würde sich Leistung auch wieder mehr lohnen und würde wertgeschätzt. Wir werden dies in unseren Verhandlungen in Berlin mit aufnehmen.“



_ CSU-Kreisvorsitzender und Bundestagsabgeordneter Florian Oßner (Vierter von links) mit den Teilnehmern der Klausurtagung um Fraktionssprecher Josef Haselbeck (Zweiter von rechts), stellvertretenden Landrat Rudi Lehner (Vierter von rechts) sowie zahlreichen Bürgermeistern, Kommunalpolitikern und Bezirksrätin Martina Hammerl (Dritte von rechts) tauschten sich mit Prof. Dr. Ralph Pütz (Mitte) über die Mobilität der Zukunft und die Lage des Automobilstandorts Landshut aus.